DIN 19 051

Vertraulich!

№000068
Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn Bibliothek

Politische Richtlinien für die SPD in ihrem Verhältnis zu den anderen politischen Faktoren

Diese Richtlinien sind im August 1945 ergangen und aus jener Zeit zu werten

Diese Richtlinien sind **nur für den Gebrauch der führenden Funktionäre gedacht.** Sie enthalten keinerlei Geheimnisse, aber die Sozialdemokratische Partei hat keine Veranlassung, die Diskussion darüber von sich aus den anderen politischen Richtungen aufzuzwingen.

Das Ziel: Sozialismus und Demokratie:

Aus dem Klassencharakter des Nazismus ergibt sich zu seiner Überwindung als Konsequenz: **Der Sozialismus.** Die Voraussetzung ist die völlige Zerbrechung der finanzkapitalistischen, imperialistischen und militaristischen Linie. Die Arbeit kann sich nicht im Negativen erschöpfen. Das positive Ziel und einzige ausreichende Sicherung gegen die Wiederkehr solch' volkszerstörender und weltgefährdender Kräfte ist die Änderung der ökonomischen und gesellschaftspsychologischen Voraussetzungen der deutschen Politik.

Als geistige und politische Grundlage steht neben dem Sozialismus und völlig mit ihm zusammengewachsen die **Demokratie.** Die Demokratie ist untrennbar von Begriff und Ethik des Sozialismus. Der Sozialismus ist in sich demokratisch, ist als Kampf um die geistige, politische und ökonomische Befreiung der arbeitenden Massen ein Kampf um das Recht und die Freiheit gegen Vergewaltigung und Knechtung. Ein auf diktatorischem Wege erkämpfter und behaupteter „Sozialismus" ist kein Sozialismus, sondern bestenfalls Staatskapitalismus oder irgendeine andere überindividualistische Wirtschaftsform.

Das oberste Kriegsziel der Vereinten Nationen ist auch unser Kriegsziel: Die völlige **innere Wandlung** der Deutschen zu einem **Volk des Friedens!** Sie kann nicht durch die Gewalt der Besatzungsmächte erreicht werden, sondern nur durch innerdeutsche Faktoren. Daher ist in dem durch die weltrevolutionäre Umgestaltung vorgeschriebenen Tempo auf dem Übergang vom **Verwalten zum Regieren,** wenn auch zu **einem** kontrollierten **Regieren,** zu drängen. Das Mittel zu jeder Form der **Regierungstätigkeit** wie zur notwendigen **Aufklärung der führungslos gewordenen und politisch völlig desorientierten Massen ist die Partei in allen ihren Erscheinungsformen, vor allem der Presse. Die beste Leistung in der Parteiarbeit ist damit auch die beste staatspolitische Leistung und die im letzten Sinne höchste und wichtigste nationale Tat.**

[illegible]pokratischer

[illegible] muß loyal und [illegible]spin. Wir müssen [illegible] England und

Amerika die Einsicht der Notwendigkeit, die Deutschen nicht als ein einheitliches reaktionäres Ganzes zu betrachten und ihnen die Chance politischer Betätigung zu geben, überraschend schnell durchgesetzt hat. Aber wir dürfen bei aller Loyalität nicht ängstlich werden, sondern müssen das Recht stets über uns in Anspruch nehmen, bei jeder Gelegenheit **auch gegenüber den Siegern unsere Meinung** zu sagen. Sicher hat die gefährliche reaktionäre These von der Schuld des gesamten deutschen Volkes am Faschismus und am Krieg ihre stärkste Erschütterung durch die Stimmen derjenigen Deutschen erfahren, die den Mut hatten, zu beamteten und nichtbeamteten Angehörigen der angelsächsischen Nationen ihre andersartigen Ansichten zu äußern. Gegenüber den politisch-ökonomischen Realitäten bezieht sich unsere Kritik vor allem auf folgende Punkte:

1. Die russische **Besatzungszone** ist zu weit nach Westen gerückt. Es mag sein, daß der Mangel eines gemeinsamen Nenners in der auf Deutschland bezüglichen Politik der Vereinten Nationen eine gemeinsame Besetzung Deutschlands bis auf Weiteres noch nicht zuläßt. Tatsache aber ist, daß die Aufteilung in Besatzungszonen für den Bestand des Reiches sich auf die Dauer gefährlich auswirken kann. Von der Bevölkerung werden die verschiedenartigsten Methoden der einzelnen Besatzungsmächte auch verschieden empfunden und gewertet. Im Osten des Reiches bedeutet der Zusammenstoß so ganz andersartiger Kulturen eine andere Quelle der Schwierigkeiten, als sie aus den deutschen Lebensauffassungen gemäßeren Kulturkreisen des Angelsachsentums entstehen. Gegenüber gewissen Umständen, wie sie sich dort ergeben haben, verlangen wir zwar nicht ein politisches Eingreifen der angelsächsischen Staaten wohl aber die **moralische Intervention** der Öffentlichkeit in den Ländern der europäisch-amerikanischen Kultur.

2. Die **deutsche Ostgrenze** ist zum Zwecke der Bildung eines neuen Polens sehr viel zu weit westlich gelegt. Dabei spielt für die Deutschen keine Rolle, daß der starke Drang Polens nach dem Westen seinerseits wieder auf den Druck Rußlands zurückzuführen ist, das den Polen Ostgebiete genommen und sie so nach Westen gedrängt hat. Die Deutschen bekommen die auf die Dauer unerträgliche Folge zu spüren, daß viele Millionen von ihnen im Osten ausgebürgert werden, damit der politisch polnisch gewordene Raum auch polnisch besiedelt werden und die „deutsche Gefahr" für das neue Staatswesen ausgeschaltet werden kann. Das Rumpfdeutschland, und damit praktisch vor allem das Deutschland westlich der großen Demarkationslinie, wird in einer Weise

C 97 - 03244

übervölkert, daß Ernährung, Unterbringung und Arbeitsgelegenheit unmöglich werden. Diese Aufgaben zu bewältigen, dürfte sich auch bei vorbehaltlos gutem Willen als objektiv unmöglich erweisen. Die endgültige Festlegung der Reichsgrenzen muß mehr Verständnis für die Realitäten des obersten Kriegszieles der Vereinten Nationen und der Friedensziele der deutschen Nazifeinde zeigen. Auf weite Sicht gesehen, werden hier Gefahrenquellen geschaffen, die eine Bedrohung des Friedens und der Vernunft in der Politik bedeuten.

3. Die Wegnahme von fünfundzwanzig Prozent der intakt gebliebenen Maschinen in den drei westlichen Besatzungszonen und die entsprechende unbeschränkte Wegnahme im russisch besetzten Gebiet ändert die wirtschaftliche Struktur Deutschlands und damit sein politisches Gesicht vollkommen in einer reaktionären, die geplante Neuordnung der Dinge auf das Schwerste hemmenden Weise. Millionen deutscher Arbeitnehmer aller Kategorien verlieren ihren Arbeitsplatz. Sie werden durch weitere Millionen von Flüchtlingen und Ausgewiesenen verstärkt. Das Sozialprodukt der deutschen Wirtschaft sinkt rapide. Der Kampf um seine Verteilung geht unter Bedingungen vor sich, die für die Arbeitenden denkbar ungünstig sind. Für die sozialpolitischen Leistungen bleibt nicht genug zurück, zumal die Opfer des Dritten Reiches an Zahl unabsehbar sind. Die Konsequenzen sind bei den industriellen Arbeitnehmern eine stärkere Senkung des Lebensniveaus als für die anderen Schichten der Bevölkerung, wirtschaftliche Ausblutung und soziale Verelendung und damit Hand in Hand gehend **politische Entmachtung.** Das wirkt sich um so stärker aus, als den Landwirten und den Bewohnern der Klein- und Mittelstädte ihre wirtschaftlichen Grundlagen erhalten geblieben sind. Mit dem Steigen der Grundrente erfahren diese Kreise auch eine Zunahme ihrer politischen Macht innerhalb Deutschlands. Die Vergrößerung der Spannungen in dem wirtschaftlichen und politischen Kräfteverhältnis geht auf Kosten der körperlichen und geistigen Arbeiter in den großen Städten und den Industriegebieten. Leidtragende sind also gerade die Teile der Bevölkerung, die am stärksten gegen den Nazismus eingestellt waren und die nach ihrem guten Willen die stärksten Träger der Idee einer Neuordnung der Dinge sind. Hier wird also von Rußland unter Duldung der westlichen Alliierten eine Politik mit eindeutig reaktionären Konsequenzen gemacht. Die Sieger müssen sich von vornherein darüber klar werden, daß die Wiederholung des Kardinalfehlers von 1918, nämlich die Behandlung der neuen Männer und Kräfte als schuldige Feinde, nach 1945 nie wieder gutzumachen wäre.

Die Sozialdemokratie und das Reich

Für das deutsche Volk ist das Recht der nationalen Selbstbehauptung und ihr Ausdruck in einem eigenen Staat unverzichtbar. Bei der heutigen Kräfteverteilung auf dem Kontinent widerspricht eine solche Linie auch durchaus nicht den Interessen der westlichen Alliierten. Mag das Verbrechen des deutschen Nazismus an der Welt noch so schwer sein, das deutsche Volk kann und darf nicht darauf verzichten, sein Reich, mögen dessen Grenzen auch noch so stark beschränkt sein, als nationales und staatliches Gemeinwesen zu behaupten.

Für die arbeitenden Massen sind Idee und Tatsache des Deutschen Reiches nicht nur nationalpolitisch, sondern auch klassenpolitisch eine Notwendigkeit. Ihr politischer und wirtschaftlicher Befreiungskampf ist ohne diese Grundlage zur Erfolglosigkeit verurteilt.

Darum ist die Sozialdemokratische Partei die schärfste und unnachsichtlichste Feindin aller Separationsbestrebungen. Der Potsdamer Deklaration zum Trotz regt sich der Separatismus in allen westlichen Reichsgebieten. Kennzeichnend genug sind seine Träger Angehörige nationalistischer oder doch wenigstens „autoritärer", der Demokratie vor 1933 abgeneigter Parteien. Es sind stets Leute, die aus ihrer Feindschaft gegen die Arbeitenden, gegen eine hochentwickelte Geisteskultur, gegen die Ideen der Freiheit und des Friedens und gegen die Sozialdemokratie nie ein Hehl gemacht haben. Für mehrere nachweisbare Beispiele sei hier nur das eine genannt: In Hannover versuchen jetzt solche Elemente unter Führung des früheren Oberbürgermeisters Menge, der zu den Männern der „Harzburger Front" gehört hat, die Abtrennung der englisch besetzten Zone bzw. auch nur des niedersächsischen Teils von Deutschland und ihre Eingliederung in das britische Empire als Dominion zu betreiben.

Demgegenüber hat die Sozialdemokratische Partei, die Aufgabe, in allen ihren politischen Handlungen den **Zusammenhalt des Reiches und die Schaffung einer zentralen Reichsgewalt** für die Zukunft im Auge zu haben. Die Möglichkeiten eines ausreichend starken Reiches werden in erster Linie durch die Neuordnung des Reichsgebietes bestimmt, wie sie durch die Erledigung Preußens als Idee und als Tatsache notwendig geworden ist. Dabei sind als unmöglich und destruktiv sowohl die Kleinstaaterei und die von manchen Stellen vielleicht gern gesehene Balkanisierung des Reichsraumes, als auch das Gegenteil davon, die Schaffung weniger **übermäßig großer Länder** zu vermeiden. Hier lassen nach beiden Richtungen auch manche Sozialdemokraten den Blick für die Konsequenzen vermissen.

Wenn der Vorschlag des Kölner Oberbürgermeisters Adenauer verwirklicht würde, wonach die drei großen Besatzungszonen je ein Land im Deutschen Reich darstellen sollen, so wäre diese Lösung im höchsten Maße reichsgefährdend. Abgesehen davon, daß ein solcher Versuch im Westen die entsprechende russische Reaktion im Osten hervorrufen müßte, wäre die innerpolitische Konsequenz in den einzelnen Besatzungszonen des Gebietes Montgomery überraschend. Der Osten wäre dann nämlich sowjetisch, der Süden und Südwesten klerikal, und das dritte Land wäre es möglicherweise auch. Die Wahlergebnisse des 5. März 1933 zeigen nämlich die Zentrumspartei dort sogar gegenüber der Sozialdemokratie in einem kleinen Vorsprung. Aber derartige parteitaktische Erwägungen sind wohl wichtig, nicht entscheidend. Bestimmend ist für uns, daß diese Länder in sich so viel Staatsrecht entwickeln würden, daß zum Schluß für eine ausreichend starke zentrale Reichsgewalt nicht mehr genug übrig bliebe. Es wären gewissermaßen drei neue Preußen, deren Zusammenwirkung unter einer übergeordneten Instanz sich nicht ermöglichen ließe. Die Zusammenarbeit der Länder in den einzelnen Besatzungszonen müßte sich in den Formen gemeinsamer Beirätte vollziehen. Die neuen deutschen Länder dürften aber nicht so klein und zahlreich sein

C 97 - 03244

groß sein. Ihre Schaffung ist eine vordringliche Aufgabe der führenden Sozialdemokraten in Partei und Verwaltung.

Daß das Deutsche Reich in jedem Fall eine **Republik** sein müßte, scheint selbstverständlich zu sein. Bei Betrachtungen des Umstandes aber, daß die separatistischen Bestrebungen fast immer eine einheimische oder ausländische Fürstenfamilie als kommende Herren ihrer separierten Länder proklamieren, zeigt sich, daß diese Gefahren noch nicht überwunden sind. Die dynastische Untermauerung einer Separation bedeutet den Versuch ihrer Verewigung. Die Versicherung, eine ausländische Fürstenfamilie freiheitlicherer Auffassungen als wie sie bei deutschen Fürstenfamilien üblich sind, heranziehen zu wollen, bedeutet keine Sicherung. Denn abgesehen davon, daß auch damit die unverzichtbare Reichseinheit zerschlagen würde, wären ja nicht diese Fürsten selbst, sondern ihre reaktionären Ratgeber, d. h. die Leute, die jetzt die Separation betreiben, die Allmächtigen im Lande. Die Elemente, die heute die Separationspolitik machen, tun es nur, um die politischen Machthaber in dem separierten Lande sein zu können, während sie in einem einheitlichen Deutschland von der Welle der Demokratie hinweggespült würden. Dem Volk suchen sie ihre Politik dadurch schmackhaft zu machen, daß sie ihm geringere Reparationslasten und stärkere Hilfe durch die Siegermächte versprechen, also die nationale Einheit für ein recht ungewisses Butterbrot verkaufen wollen. Die Fürsten in Deutschland sind vor der Geschichte die eigentlich Schuldigen an den heutigen Zuständen. Ihr dynastischer Egoismus hat die Einigung des deutschen Volkes zu lange hintertrieben, sie haben damit das Kaiserreich und den Imperialismus so angreiferisch gemacht. Die deutschen Fürsten sind die eigentlichen Schöpfer des Militarismus und der Beamtenautokratie, die noch heute als sabotierende Faktoren wirken.

Die Demokratie und das deutsche Volk

Deutschland hatte vor 1933 zwar staatsrechtlich den am meisten ausgebildeten Apparat der politischen Demokratie, aber relativ die wenigsten Demokraten. Die besitzenden Kreise und mit ihnen die Feudalen und Militaristen sahen in der Demokratie das sie bedrohende politische Prinzip der Arbeitenden. Der Großbesitz und seine Parteien waren antidemokratisch aus ökonomischer Interessenpolitik. Das überragend wichtige politische Problem der Gewinnung der Mittelklassen versuchten sie entweder durch Überbetonung der nationalen Idee zu lösen, oder es gelang ihnen durch ihre Verhüllungspropaganda, die antikapitalistischen Affekte des kleinen Mittelstandes in der antisozialdemokratischen Richtung abzureagieren. Der Kampf um den alten und den neuen **Mittelstand,** ist heute ein **zentrales Problem.** Vor 1933 ist es dem Klassenfeind gelungen, seine Ideologie dem Mittelstand aufzuzwingen; nach seiner Niederlage steht die Sozialdemokratie vor der Aufgabe, das politische Bewußtsein der kleinbürgerlichen Massen neu zu formen. Die Voraussetzungen für den Aufbau der neuen Ordnung ist die absolut **demokratische Mittelschicht.** Erfolg oder Niederlage im besonderen des sozialdemokratischen Sektors in dieser neuen Ordnung wird von dem Ergebnis dieser Beeinflussung der Mittelschichten abhängen.

Dieser Mangel eines positiven Verhältnisses der Besitzenden und des Mittelstandes zur Demokratie, das durch die Diktaturpropaganda der Kommunisten und ihre Behandlung der Sozialdemokratie als des Hauptfeindes noch verstärkt wurde, ist die eigentliche Gefahr in Deutschland gewesen und ist sie heute noch. Für einen erheblichen Teil unseres Volkes ist die Demokratie noch immer etwas Fremdes, nur widerwillig Akzeptiertes, eigentlich nur das Ergebnis der Suprematie der angelsächsischen Waffen. Gegenüber diesen Verhältnissen ist die müde und schwache Haltung vieler Demokraten aller Richtungen vor 1933 das denkbar Falscheste. Wenn die Demokratie mit Entschuldigungen, Erklärungen, mit Relativierung ihrer Ideale auftritt, dann ist sie beim ersten großen Zusammenstoß mit ihren Feinden, die es sowohl auf der Rechten wie auf der Linken noch gibt, verloren. Denn diese haben in ihrer hemmungslosen politischen Torheit nur den einen Willen, die Demokratie brutal zu vernichten. Toleranz in Sachen der Demokratie bedeutet den sicheren Sieg der intoleranten Feinde der Demokratie.

Das deutsche Volk neigt nach den Erfahrungen der letzten zwölf Jahre jetzt zur **Demokratie aus Abneigung gegen die Diktatur.** Es hat aber in großen Teilen noch kein positives Verhältnis zur Demokratie. Das kann erst erreicht werden, wenn es dem großen Besitz unmöglich gemacht ist, mit seinem Geld den einen Teil der kleinen Leute gegen den anderen Teil zu hetzen, mit anderen Worten, wenn **durch Sozialisierungsmaßnahmen die politische Macht des Geldes aufgehoben** ist. Wenn dies bis zur Beendigung der Besatzungsperiode nicht gelungen ist, dann sieht es schlimm aus für die Zukunft der Demokratie in Deutschland.

Nicht nur im Politischen, sondern auch im Geistigen und Kulturellen muß die Demokratie die große **Selbstverständlichkeit** sein. Unser Volk ist geistig und moralisch gar nicht mehr in der Lage, eine neue Diktaturperiode auszuhalten. Ihm sind die gemeinsamen Ideen der Kulturmenschheit, die Achtung vor der eigenen und der fremden Persönlichkeit, die ganze Sphäre des Rechts und der Menschlichkeit, zu fremd geworden. Der Mangel politischer Erziehung und Willensbildung in den letzten zwölf Jahren, die verlogene, gemeine und terroristische Politik der Nazi haben die Folge gehabt, daß ein großer Teil des deutschen Volkes politisch und persönlich stark demoralisiert worden ist.

Da die Demokratie äußerlich gleiche Rechte und Voraussetzungen gewährt, beruht sie im Prinzip auf **Gegenseitigkeit.** Wenn die Gegenseite diesen Willen, sich an die Regeln der Demokratie zu halten, nicht zeigt, dann kann sie auch nicht verlangen, nach den ethischen Grundsätzen der Demokratie von uns behandelt zu werden. **Wer die Demokratie verneint, kann nicht Vollbürger in der Demokratie sein.** Große Teile des deutschen Volkes sind in ihren Überzeugungen und in ihrer politischen Moral bei erstarrten Grundsätzen früherer Perioden der Politik stehengeblieben. Aber die Welt hat sich in den letzten Jahrhunderten geändert und andere Imponderabilien und eine andere Moral sind entstanden, an der viele Deutsche noch nicht genügend teilhaben. Gerade durch die Veränderung der ökonomischen Basis, durch Enteignung besitzender Klassenkämpfer, müssen eine andere politische Moral und andere Mittel politischer Technik für die Deutschen gefunden werden, die sie moralisch und politisch in größere Nähe der übrigen Völker bringt.

Der Parteienstaat

Die moderne Demokratie kann nur in einem Parteienstaat funktionieren. Hieraus ist der fanatische Kampf der Imperialisten und Militaristen gegen die Parteien zu erklären. Sie fürchteten, daß die Parteien zur Demokratie und diese zum Staat der Arbeitenden führen würden.

Im Gegensatz dazu haben sie die tendenziöse Unwahrhaftigkeit von den „Fachleuten" und „Sachverständigen" verkündet. Diese antidemokratischen Schlagworte sind heute in den beiden Formen des Verlangens nach der Beamtenherrschaft und den wirtschaftlichen Sachverständigen wieder da. Dem Autoritätsbegehren auf Grund einer fingierten, überkommenen Beamtenbewährung darf heute weniger denn je nachgegeben werden. Der Beamte ist genau so ein Produkt seiner Herkunft, seiner Erziehung und seines Milieus wie jeder andere Mensch. Die Behauptung von der traditionellen Objektivität und dem Stehen über den Klassen und ihren Interessen ist mehr oder weniger bewußte Irreführung der Urteilslosen. Ganz abgesehen davon, ist der durchschnittliche Beamte seiner ganzen beruflichen Erziehung und seiner inneren Struktur nach nur zum Verwalten, aber nicht zum Regieren geeignet. Sein Versuch, in das Gebiet der Politik hineinzugreifen, hat notwendigerweise reaktionäre Folgen. Das heißt: im neuen Deutschland muß der Beamte, besonders der **politische Beamte** und der leitende Beamte ein Mann der neuen Gesinnung und der neuen Ordnung sein. Jemand, der es nicht über sich bringt, sich als leitender Beamter ausdrücklich zu den Ideen der neuen Ordnung zu bekennen, ist ein zersetzender, reaktionärer und schädlicher Faktor. Ein politischer Beamter macht notwendigerweise auch Politik. Entweder er macht sich im Geiste der Partei, zu der er sich bekennt, oder er tut unpolitisch und hängt sich das Mäntelchen neutraler Parteienjenseitigkeit um. Dann macht er auch Politik, aber eine solche, die er offen nicht vertreten kann, also eine getarnte, reaktionäre und sabotierende Politik. Die Reaktion flüchtet sich jetzt in die Objektivitätslüge, um die **Autokratie** eines Beamtentums **aus ihren eigenen Reihen** zu erhalten, die schon im Kaiserreich und vor allem in der Republik eine verhängnisvolle Rolle gespielt hat. Es wäre eine strafwürdige Kurzsichtigkeit, aus der Beherrschung der bloßen Technik des Verwaltens auf die Eignung des Beamten für den neuen Staat zu schließen.

Umgekehrt sollten die führenden **sozialdemokratischen** Beamten daraus die absolute Notwendigkeit ihrer ergsten Zusammenarbeit mit der Partei folgern. Leute, die sich gütigst herbeilassen, Amtstitel und Bezahlung im neuen Deutschland entgegenzunehmen, die aber glauben, mit dieser Tätigkeit und der bloßen Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei es sein Bewenden finden zu lassen, sind fehl am Platze. **Heute sind führende Staatsstellungen etwas anderes als früher,** denn heute fehlen viele Möglichkeiten klassenkämpferischer Auseinandersetzungen im Sozialen und Parlamentarischen. In der Auswahl der Beamten und der Handhabung der Ämter erschöpft sich zur Zeit schon ein großer Teil der Politik, sie bedeuten mangels parlamentarischer und öffentlicher Kontrolle einen großen Teil der Macht und Machtausübung. Die Demokratisierung der Verwaltung zeigt sich also in der Auswahl der Beamten nach ihrer politischen Gesinnung und den daraus zu erwartenden Handlungen.

Wenn diese Handlungen ausbleiben oder fehlerhaft sind, dann besteht an solchen Beamten, mögen sie noch so lange Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei gewesen sein, weder ein Interesse unserer Partei noch des neuen Staates. Eine besondere Gefahr dabei sind an sich tüchtige Genossen aus unseren Reihen, die im Sachlichen wie im Personalpolitischen glauben, an sozialdemokratische Forderungen und Personen noch strengere Maßstäbe legen zu müssen als an die anderen, oder die sich von der Pseudosachlichkeit des Aktenbetriebes gefangen nehmen lassen.

Wie nach 1918 machen sich jetzt auch die **Sachverständigen aus der Wirtschaft** breit. Sie kommen, um sich zuerst als treue Helfer in der Not anzubieten. Es dauert nicht lange, dann werden sie ein Primat der Wirtschaft vor der Politik behaupten, und schließlich werden sie im Namen ökonomischer und sozialer Notwendigkeiten den Führungsanspruch erheben. Das hat schon einmal zu einem 1933 geführt. Die Heranholung von der Sozialdemokratie nahestehender Persönlichkeiten für das Wirtschaftsleben ist also eine politische Notwendigkeit.

In allen Zweigen der öffentlichen Verwaltung und der Wirtschaft werden wir wieder erleben, daß Genossen, einmal in solche Posten hineingekommen, vergessen, daß sie im Geiste und im Auftrage der Partei zu handeln haben. Deutlicher als früher muß die Sozialdemokratische Partei die Konsequenz ziehen, diese Menschen auszuscheiden und die Öffentlichkeit wie die Besatzungsbehörden davon zu unterrichten, daß das Interesse der Sozialdemokratischen Partei an diesen Personen erloschen ist.

In der Wirtschaft und der hohen Bürokratie ist noch immer ein großer Teil der Kräfte vorhanden, die den Nazi einst in den Sattel geholfen haben, und die darum im tiefsten Grunde fast noch schuldiger sind als ihre Werkzeuge. Sie haben den Nazismus als ihren stärksten Trumpf ausgespielt. Sie werden immer wieder versuchen, mit ähnlichen Trümpfen zu stechen, bis ihnen durch die Wegnahme ihrer Wirtschaftsmacht und ihrer Positionen die Karten aus der Hand geschlagen werden.

Wahlen und Wahlrecht

Aus der Botschaft des Feldmarschalls Montgomerys ist ersichtlich, daß **Gemeindewahlen** bald erfolgen sollen. Dieser Ankündigung liegt der richtige Gedanke zugrunde, daß das Volk im Sinne der neuen Ordnung politisiert werden und als Ganzes die Politik tätig miterleben soll. Es soll zur Verwaltung seiner eigenen Angelegenheiten schrittweise praktisch herangebildet werden. Wenn man unten bei der Gemeinde anfängt, also eine Entwicklung betreibt, die von den realen kleinen Interessen des täglichen Lebens allmählich in höhere Sphären der Politik führen soll, so ist auch das richtig. Das ganz einfache, aber grundlegende self-government gibt ein sachliches und den agitatorischen Großsprechereien abholdes Urteil.

Schwierigkeiten können entstehen aus der Art und dem Zeitpunkt der Wahl. Über beides ist man sich wohl in den Kreisen der Siegermächte noch nicht restlos klar. Es gibt da z. B. Projekte, durch Befragen aller möglichen Stellen und Personen eine Liste für die Gemeindewahl zusammenzustellen und diese Liste dann den Wahl-

berechtigten in der Form zur Abstimmung zu unterbreiten, daß diese die ihnen genehmen Kandidaten ankreuzen. Die Persönlichkeiten, die dann im Rahmen der vorgesehenen Zahl der Gemeindevertreter die meisten Stimmen bekommen haben, gelten dann als gewählt. Diese und ähnliche Vorschläge können nicht gebilligt werden. Bei Befragen muß man aus sachlichen Notwendigkeiten die Militärregierungen immer wieder darauf aufmerksam machen, daß **nur die Parteien allein die Träger der Wahl** sein können. Anderenfalls gibt es ein anarchistisches Durcheinander. Es ist notwendig, daß endlich einmal die Militärregierung wie auch wir selbst einen ungefährten Überblick über die Stärke der einzelnen politischen Richtungen bekommen. Erst dann kommt die nötige **Klarheit und Ehrlichkeit** in die Politik und wird mit den Methoden der Hintertreppe und Querverbindungen, die allmählich unser ganzes politisches Leben überwuchern, Schluß gemacht. Es ist nämlich anzunehmen, daß die Ergebnisse der Gemeindewahl als politisches Stimmungsbild auch in der Art ausgewertet werden, daß davon die **Auswahl der führenden Männer,** vielleicht auch **größerer politischer Körperschaften,** abhängig gemacht wird.

Hier handelt es sich um die innerpolitisch bedeutsamste Angelegenheit im neuen Deutschland. **Wenn unter politischen Gesichtspunkten gewählte Körperschaften** mit **„Ja" und „Nein", mit Vertrauen und Mißtrauen Entscheidungen fällen, dann erst ist der große Schritt vom Verwalten zum Regieren getan, dann erst entsteht von neuem die deutsche Volkssouveränität.** Daß dies unter alliierter **Kontrolle** geschieht, nimmt dem Vorgang nichts von seiner grundsätzlichen Bedeutung.

Wichtig wären auch die **Wahltermine.** Darüber scheint man sich in den Kreisen der Siegermächte noch im Unklaren zu sein. Es gibt sogar Vorschläge, die die Frage prüfen, ob man die Wahl vor der Zulassung der Parteien stattfinden lassen könnte. Demgegenüber ist bei jeder passenden Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß auch Gemeindewahlen eine Vorbereitungszeit von **mehreren Monaten nach dem offiziellen Beginn des Parteilebens** nötig haben. Wenn schnelle Wahlen stattfinden sollen, dann darf man sie allerdings nicht bis in den Krisenwinter hinein vertagen. Sind sie nicht in diesem Spätherbst unterzubringen, dann läßt sich vor Mai n. J. kaum ein Wahltermin finden, zu dem ein Volk zur Urne gehen kann, das durch die Erlebnisse des Winters nicht völlig verbittert und durcheinander gebracht ist.

Bei der Frage des **Gemeindewahlrechts** sind wohl grundlegende Neuerungen nicht anzunehmen. Immer wieder ist aber gegenüber allen ausländischen und deutschen Stellen zu betonen, daß **ein Teil des deutschen Volkes von vornherein von jedem Wahlrecht, sei es aktiv, sei es passiv, ausgeschlossen werden muß.** Die beste Quarantänevorschrift wäre, wenn jedes Mitglied der Nazipartei bis auf weiteres der Urne fernbleiben müßte. Da dies kaum zu erreichen ist, müßten die Grundlinien zur Bereinigung der Wirtschaft und der Verwaltung maßgebend sein. Eine solche Sicherung widerspricht durchaus nicht dem Geiste der Demokratie, wie manche angelsächsische Kreise meinen. Dieser zeitlich begrenzte Ausschluß vom Wahlrecht ist ja eine **Aktion zur Sicherung der Demokratie gegenüber Personen, die sich auf das Schwerste gegen sie vergangen haben. Gibt man diesen das Wahlrecht, dann bedeutet das die Auf-**

forderung, sich gegen die Demokratie zu betätigen. Daß dieser Fall nicht eintreten darf, ist uns eine problemlose Selbstverständlichkeit. Wenn jemand z. B. nicht wert ist, als Beamter Staatsdiener zu sein, dann kann er auch nicht wert sein, die vollen Staatsbürgerrechte auszuüben. Wenn dies dem Geiste der Demokratie so entscheidend widersprechen würde, dann wäre ja die ganze Reinigung der Verwaltung und der Wirtschaft konsequenterweise auch als ein solcher Widerspruch anzusehen. Das wird aber kein Engländer oder Amerikaner behaupten wollen. Wenn also in diesem Falle die unpolitische rechtsformalistische Auffassung der Demokratie allgemein abgelehnt wird, muß sie in dem Falle des Wahlrechtes auch abgelehnt werden.

Bezüglich kommender **politischer** Wahlen werden dann noch Fragen des **Wahlrechts** in den Vordergrund treten, die, scheinbar nur wahltechnisch, doch die größten politischen Konsequenzen haben. Die Wahlen im neuen Deutschland sollen die klar erkennbare **Herausbildung eines festen Mehrheitswillens,** eines Regierungs- und Machtwillens, zeitigen. Bis zum Dritten Reich hat die übermäßige Berücksichtigung des Willens des einzelnen Wählers zu einer derartigen Begünstigung der Splitterparteien geführt, daß chaotische Zustände entstanden, die sich nicht wiederholen dürfen. Man führt dies auf das bisherige deutsche **Proportionalwahlrecht** zurück und meint, deswegen jede Form des Proporzes ausschalten zu müssen. Die **Einerwahl** aber, sei sie nach englischem Vorbild (relative Mehrheit), nach französischem Muster (im ersten Wahlgang absolute Mehrheit, im zweiten Wahlgang relative Mehrheit), sei sie nach dem Beispiel des Kaiserreiches (Stichwahl) vorgenommen, ist für Deutschland zu gefährlich. Es könnte in Anbetracht der inneren Schwierigkeiten jedes denkbaren deutschen Parteiensystems vorkommen, daß z. B. die Partei mit den meisten Stimmen die wenigsten Mandate erhält.

Uns scheint das **Proportionalwahlrecht in verkleinerten Wahlkreisen** (etwa 250 000 bis 400 000 Einwohner) mit Listen, die nur wenige Personen umfassen und mit **starken Sperrmaßnahmen** das Richtige zu sein. Die stärkste Sperrmaßnahme liegt schon in der **Zulassung nur weniger Parteien.** Sie kann dadurch ergänzt werden, daß alle Parteien, die in einem Wahlkreis weniger als 10% der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten, dort mit diesen Stimmen ausfallen, ohne daß diese Stimmen auf einer anderen übergeordneten Liste zum Zuge kommen könnten.

Wieviel Parteien sind nötig?

In der russisch besetzten Zone sind bisher vier Parteien zugelassen worden. In der englischen Zone erstreckt sich die Zulassung bisher nur auf Sozialdemokraten, Kommunisten und Zentrum. Grundsätzlich erhebt sich dabei für uns die Frage, welche Linie wir bezüglich der Zahl der zugelassenen Parteien einzunehmen haben.

In Deutschland ist ein **Zwei-Parteien-System** nicht möglich. Wenn die dritte hinzutretende Partei die Kommunistische Partei ist, bleiben die Verhältnisse grundsätzlich dieselben. Denn diese Partei hat den einzigen politischen Effekt der Schwächung der Sozialdemokratie, aber in keinem Fall die Gewinnung nennenswerter bisher bürgerlicher oder bäuerlicher Massen. Ein Zwei-Parteien-System hat die Tendenz, zur Erstarrung der klassenpoli-

tischen Fronten und damit zur Überhitzung der Gegensätze zu führen. Das wäre in Deutschland, in dem bisher nur die Sozialdemokratische Partei ein positives inneres Verhältnis zur Demokratie hat, eine große Gefahr.

Die **bürgerliche Sammlung** kann in Deutschland aber kraft der konfessionellen Spaltung und der politischen Tradition auf diesem Gebiet erst recht **nicht in einer einzigen Partei geschehen.** Wenn diese Partei ihre Herkunft aus dem Lager des politischen Katholizismus herleitet, mag sie sich nun **Zentrum oder Christliche Demokraten** nennen, gelingt es ihr, mit allen Versuchen, ihre Stellung durch religiöse oder klassenpolitische Agitation auszuweiten, doch nicht, die genügende Resonanz bei den protestantischen Wählern zu finden. Darüber helfen alle Beteuerungen der Toleranz und der allgemein christlichen Grundlinie, der nationalen Konzentration und der Besitzverteidigung, nicht hinweg. In diesem Falle würde nur ein Teil der evangelischen Wählerschaft zu dieser im Grunde doch immer katholischen Partei stoßen. Ein anderer recht großer Teil bliebe wahrscheinlich zu Hause. Ein dritter Teil würde sozialdemokratisch wählen.

Eine Aktivierung dieser Kräfte für das Zentrum wäre nur dann möglich, wenn sich die Sozialdemokratie unter dem ersten Eindruck, einem Bürgerblock gegenüber zu stehen, in eine verschmelzungsähnliche **Intimität mit den Kommunisten** einließe. Dann freilich würde die Angst der kleinen Besitzer und die Abneigung gegen die Kommunisten und ihren politischen Hintergrund doch alles an die Wahlurne auch für die eine grundsätzlich katholische bürgerliche Partei treiben. In diesem Falle würden die Sozialdemokraten übrigens darüber hinaus auch die geistig und kulturell bedeutsamen Schichten, die sich ihr jetzt zuwenden wollen, endgültig abstoßen, ja sogar viele ihrer alten Wähler verlieren. Die einzig für die politische Sache der Arbeitenden mögliche Form der sozialdemokratisch-kommunistischen Annäherung **wäre die völlige Sozialdemokratisierung der kommunistischen Anhänger,** und diese steht noch weit im Felde.

Auch jede andere Form des Bürgerblocks, in der etwa das Zentrum in einer großen nicht katholischen bürgerlichen Besitzverteidigungspartei aufzugehen hätte, würde nicht zur Tatsache werden können. Das Zentrum wäre teils aus religiösen und kulturellen Gründen, teils aus Rücksicht auf seine Arbeiter nicht in der Lage, in einer solchen bürgerlichen Einheitspartei aufzugehen. Die wahlpolitischen Ergebnisse würden in keinem Falle ein echtes Bild zeigen.

Die im eigentlichen Sinne unversöhnlich reaktionären und faschistischen Elemente im deutschen Volk würden sich durch eine solche Partei, besonders wenn sie katholischen Akzent hätte, auch nicht führen und beeinflussen lassen. In ihrem **unerzogenen aktivistischen und demoralisierenden Teil** würden sie sich im illegalen **Verschwörerium erschöpfen.** Die besitzenden und für das Leben besser ausgerüsteten Teile würden sich **verstärkt auf die Wirtschaft** stürzen und **in den Landwirtschaftskammern** und in den **Industrie- und Handelskammern** zu Träger einer, wie heute schon erkennbar ist, negierenden, ja sabotierenden Politik werden.

Gibt es Koalitionsprobleme?

Für die heutige Lage kennzeichnend ist die Tatsache, daß nirgends in den eigentlich besiegten und zum Teil auch in den befreiten Ländern Koalitionsdebatten entstanden sind. Während die Siegerländer eindeutige politische Herrschaftsbildung aufweisen, können die vom Krieg zerstörten oder niedergeworfenen Länder ähnliche Tendenzen nicht aufweisen. Das liegt daran, daß ein schneller und umfassender Wiederaufbau mit den Kräften einer Partei oder auch nur einer Klasse allein objektiv nicht möglich ist.

Darum wird von den Vereinten Nationen ein Mandat zum Wiederaufbau auch nicht an eine einzige Partei oder Klasse erteilt. Dabei ist es gleichgültig, ob die betreffende Siegermacht westlicher oder östlicher Herkunft ist. Sie engagiert in jedem Falle alle Kräfte des besiegten Volkes, soweit sie unbelastet und guten Willens sind. Die Probe auf das Exempel bildet das Verhalten der russischen Siegermacht. In Wien ist die Sozialdemokratische Partei führend in der Regierung vertreten, und sie, wie auch die **Kommunisten, sitzen mit denselben Christlichsozialen,** die die geistigen Nährväter des klerikalen Faschismus der **Dollfuß** und **Schuschnigg sind, trotz des Februars 1934, zusammen.** Ein ähnliches Bild sehen wir in **Berlin,** wo ein so ausgesprochen rechtsgerichteter Zentrumspolitiker wie der frühere Landwirtschaftsminister Dr. **Hermes** eine führende Rolle spielt.

Es ist also der von außen her wirkende Zwang, der die Koalitionen so stark zusammenhält, daß sie gar nicht mehr als solche empfunden werden. Es war ja tatsächlich auch ein außenpolitischer Druck, der vor 1933 viele in sich unechte und an **untragbaren klassenpolitischen** Widersprüchen kranke Koalitionen doch zustande brachte und zusammenhielt, einen Umstand, der in den fast ausschließlich innerpolitisch geführten Koalitionsdebatten leicht übersehen wurde.

Von rein innerpolitischem Gesichtspunkt aus war die Kritik an vielen Phasen der Koalitionspolitik nur zu berechtigt. In jeder Koalition steckt, rein parteimäßig gesehen, ein Stück Kapitulation, denn sie offenbart das Gefühl des subjektiven Unvermögens der Partei, allein mit den Dingen fertig werden zu können. Nur die vorübergehende Natur der Koalition und die stete Betonung liberaler Vergänglichkeit konnte sie erträglich oder gar schmackhaft machen.

Heute tritt zu dem subjektiven Unvermögen auch die **objektive Unmöglichkeit.** Die Probleme sind zu groß, zu tiefgreifend und zu sehr alle Erscheinungen des Lebens umfassend, als daß sie von noch so starken Einzelkräften gemeistert werden können. Dazu kommt, daß auch die Gesamtheit der Koalitionsfähigen nur einen Teil des ganzen Volkes darstellt, da andere Teile wegen ihrer Verquickung mit dem Nazismus von vornherein für die positive Wiederaufbauarbeit ausscheiden.

Die bequeme Rolle der Opposition läßt sich also für viele, die bisher aus der unbedingten oppositionellen Intransigenz ihre Kräfte bezogen, nicht mehr durchhalten. Besonders die Kommunisten müssen umlernen, und sie tun das mit einem solchen Eifer, daß sich bei ihnen geradezu eine Koalitionswut, eine Sucht, sich mit allem und jedem zu verbrüdern, herausgebildet hat. Ihr Vorrat an Agitationsideen ist damit außer Kurs gesetzt

Für die **Sozialdemokratische Partei folgt daraus der Zwang, mit anderen die vorhandene Macht zu teilen.** Wir haben alles Interesse daran, keine der zugelassenen Parteien aus der Beteiligung an der Regierung zu verdrängen, **denn wir wünschen niemand aus der Verantwortung zu entlassen.** Das Schicksal unserer Partei nach 1918 ist uns eindringliche Lehre gewesen! Sie ist auch völlig willens diese Teilung vorzunehmen. Sie muß dabei allerdings die jetzt in den Vordergrund gestellten **„Paritätsansprüche" restlos ablehnen. Die Sozialdemokratie dürfte nicht nur längst die stärkste Partei sein,** sondern ist auch die **einzige Partei,** die in Deutschland von sich sagen kann, daß ihre geschichtliche Linie des Friedens und der Demokratie von der Entwicklung vollauf bestätigt worden ist. Darum kann die Parole unserer Partei nur heißen: **Zusammenarbeit unter sozialdemokratischer Führung!**

Die klassenpolitischen Spannungen sind deswegen doch vorhanden und müssen auch durchgekämpft werden. Nur wird das für einen Teil der Fragen innerhalb der „Koalitionen" geschehen. Die überholte Problematik der Bejahung und Verneinung einer Staatsform sowie des Regierens und des Opponierens in der reinen und ausschließlichen Form gehören der Vergangenheit an.

Die bürgerlichen Parteien

Hinter den politischen und staatsrechtlichen Formen steht die **soziale Struktur des Volkes.** Das kommt am klarsten ohne weltanschauliche und sittliche Hemmungen im Charakter der früheren bürgerlichen Parteien zum Ausdruck. Wenn man ihre Politik betrachtet, dann findet man darin einen **denkbar primitiven und grobschlachtigen Materialismus.** Eine lebensfähige politisch-weltanschauliche Partei hat das deutsche Bürgertum nicht hervorgebracht. In der deutschen Revolution von 1848 sind die Feudalherren nicht besiegt worden und das Bürgertum hat sich gegen diese Kreise nur wirtschaftlich durchzusetzen verstanden. Zugunsten der Sicherung seines Besitzes hat es in seinem Bündnis mit den Mächten der alten Reaktion erst die demokratischen, dann die liberalen Auffassungen über Bord geworfen. Der einzige Versuch, eine echte politische Partei des Bürgertums und der Bauern auf weltanschaulicher Basis zu gründen, ist in dem Experiment der Deutschdemokratischen Partei gescheitert. Die Mittelklassen haben sich in ihrer Opposition gegen die damalige Zeit zu keiner Form fortschrittlich-konstruktiver Ideen bekennen wollen, sondern sich unter dem Einfluß der Presse des Großkapitals entweder für Nationalismus und Imperialismus erklärt, oder aber zu restauratorisch-vorkapitalistischen Ideen bekannt. Die Drahtzieher aller Vorgänge aber waren stets Schichten, die ihre Politik um des ökonomischen Vorteils machten, und die jede Idee und jedes Ideal nur als Vorspann betrachteten.

In dieser Situation kann von den bürgerlichen Parteien keinerlei begeisternde oder auch nur anziehende Kraft ausgehen. Sie sind alle belastet durch eine mehr oder weniger starke Verflizung mit dem Nazismus. Die einzige Partei, die anderes als ökonomische Interessenpolitik zur Grundlage hat, ist das **Zentrum.**

Das gibt dem Zentrum auch seine verstärkte Regierungsfähigkeit. Es hat den Anspruch auf Berücksichtigung. Leider ist er da, wo es die stärkste Partei ist oder zu sein vermeint, nicht sehr loyal gegenüber sozialdemokratischen Ansprüchen. Das zeigt sich an vielen Stellen in Deutschland, in einer geradezu unverantwortlichen Weise in der Zusammensetzung der bayerischen Regierung. Dort hat die Fortsetzung der „Bayerischen Volkspartei", deren Politik in den Zwanzigerjahren eindeutig gegen die Demokratie gerichtet war, ein Monopol des Regierens für sich beansprucht. Sie scheint daher alle Fehler von einst wiederholen zu wollen, und bemüht sich durch gleichzeitige überbetonte Heranholung des Adels und billigen Partikularismus das auch recht deutlich zu machen.

Bei aller Würdigung der schweren Opfer, die von dem katholischen Klerus gebracht worden sind, darf nicht übersehen werden, daß dies im großen Umfang bei den Angriffen der Nazi auf Glauben und Kirche, aber nicht bei der Verteidigung der politischen Volksrechte geschehen ist. Noch deutlicher treten diese Tatsachen bei der Evangelischen Kirche in Erscheinung.

Es wäre dabei falsch, das Zentrum als eine absolute Einheit aufzufassen. Dort, wo seine Wählerschaft nicht überwiegend agrarisch ist und keine katholischen Dynastien als Thronprätendenten bei einer eventuellen Separation auftreten können, ist das Zusammengehen mit ihm viel leichter und für die Nation gewinnbringender als in Gebieten, in denen diese Voraussetzungen gegeben sind. Die Zusammenarbeit der Sozialdemokratie mit dem Zentrum ist für die Zukunft von entscheidender Bedeutung für Deutschland.

Die geistig und kulturell interessierten Menschen werden vergeblich einen Platz in der bürgerlichen Parteiwelt suchen. Es gibt schon längst keinen echten Liberalismus mehr. Was an seinem Ideengut von bleibendem und kulturell förderndem Wert ist, das ist seit langem selbstverständlicher Bestandteil der sozialdemokratischen Auffassungen geworden. Ebensowenig ist ein echter weltanschaulich basierter Wille zur Demokratie vorhanden. Alles ist Opportunität und Frage der ökonomischen Zweckmäßigkeit. In dieser Lage dürften große Teile **der geistigen Elite in das Lager der Sozialdemokratie hinüberwechseln,** die von ihnen als die einzige Partei mit dem politisch-weltanschaulich festgegründeten Willen zur Neuordnung der Dinge und zur Verantwortung gegenüber der deutschen Kultur angesehen wird.

Deutschland ist das einzige Land in der ganzen Welt, dessen **Bauern** nicht demokratisch waren, sondern sich freiwillig in die Gefolgschaft des politisch übermächtigen Großgrundbesitzes begeben hatten. Allerdings ist Deutschland auch eins der wenigen Länder ohne ein echtes Stück Agrarrevolution. In den meisten Ländern Europas hat die revolutionäre Entwicklung den Bauern erst ihr Land gegeben oder es zu einer wirtschaftlich lebensfähigen Größe entwickelt. In Deutschland war das nur in ganz geringem Umfange der Fall. Der Kampf um den Bauern, auch den Flüchtlingsbauern aus dem Osten, ist der Kampf um die **Bodenbeschaffung.** Die Agrarpolitik ist in Anbetracht der gestiegenen wirtschaftlichen und politischen Macht der Bauern von größter Bedeutung.

(Besonders agrarpolitische Richtlinien, die die Diskussion zu diesem Thema fördern und auf das richtige Geleise setzen wollen, werden in nächster Zeit erscheinen.)

Die Frage des bürgerlichen Parteienwesens konzentriert sich also bloß darauf, inwieweit die bürgerlichen Parteien von den richtungslos gewordenen Nazimassen und den großkapitalistischen Verderbern Deutschlands als Zufluchtsstätten und Operationsbasis gesucht werden. **Aus eigener Kraft stellen die bürgerlichen Parteien keine Potenz dar, mit Ausnahme des Zentrums,** dessen stärkste Kraftquelle aber nicht im Bürgerlichen, sondern im Weltanschaulich-Religiösen liegt.

Haben die Nazi noch politische Bedeutung?

Ihre **gesellschaftliche Bedeutung ist unbestritten noch vorhanden. Sie scheuen kein Opfer des Charakters** und der Gesinnung, **um sich zu tarnen** und in wirtschaftlich einträglichen Stellungen zu behaupten. Es ist **nicht eine politische Überzeugung sondern der Drang, Geld zu verdienen** und es sich gut gehen zu lassen, die sie zu dieser beispiellosen Selbstentehrung veranlaßt. Diese Form des deutschen Nazismus findet sich vor allem in der Verwaltung und in der Wirtschaft, dort meist bei den mittleren und kleinen Handel- und Gewerbetreibenden. Das bedeutet praktisch, daß gerade diese Nazikreise in jeder Beziehung weit besser leben, als der größte Teil des deutschen Volkes. **Einer hilft dem anderen, nicht aus politischer Solidarität, sondern aus der Gemeinsamkeit der Unsauberkeit und Unehrlichkeit.** Das führt soweit, daß man in den Kreisen der Nazi-Geschäftsleute spöttelt: „Wenn es einem heute gut gehen soll, dann muß man Nazi gewesen sein." Analoge Vorgänge finden sich in der Verwaltung beim Kampf um die Bereinigung. Hier wäre das nächste von uns anzustrebende Ziel die **Vereinheitlichung der Grundsätze der Bereinigung** für alle drei westlichen Besatzungszonen und die **Einbeziehung aller** Berufe und Spezialisten in die Bereinigung.

Die eigentlich **politisch-dynamische Potenz** des Nazismus aber stellen diese Kreise nicht dar. Sie haben wohl das Geschick zu kleben und zu sabotieren, aber nicht die Energie zu kämpfen. Die politische Gefahr liegt in den vielen Hunderttausenden, die in den zwölf Jahren Naziherrschaft ein mehr oder weniger **arbeitsloses Herrenleben** geführt haben und die durch dieses System systematisch dazu erzogen sind, mehr scheinen zu wollen als zu sein. **Dieser Stamm der alten Nazipartei vor 1933 war die Zusammenfassung aller Taugenichtse und Lebensuntüchtigen aus Bourgeoisie und Proletariat.** Sie waren **„Lumpenbourgeoisie" und „Lumpenproletariat"**, das, was der **Marxismus die „passive Verfaulung der unteren Gesellschaftsschichten"** nennt. Waren diese Kreise vor 1933 aus dem **Abfall des ersten Weltkrieges,** der großen Klassenkämpfe und der Wirtschaftskrise gekommen, so werden jetzt solche Erscheinungen sich noch weit stärker und bedrohlicher zeigen, weil die Zerstörung der Gegenwart und Zukunft das Leben für Millionen zu einer an Aussichtslosigkeit grenzenden Beschwerlichkeit macht und weil die Erziehung durch den Nazismus diese Menschen demoralisiert, verbogen und **asozial gemacht hat.**

Gegenüber dieser grundlegenden sozialen Tatsache spielt für diese Kreise der beispiellos schimpfliche und schauerliche Untergang der Naziführung und des Nazisystems nur eine verhältnismäßig untergeordnete Rolle. **Die Menschen sind da** und ihre **Ansprüche sind da, also, brauchen sie keine andere Begründung als die Tatsache ihrer Existenz und ihrer Wünsche. Ihre geistige und charakterliche Unfähigkeit** zu einer Lebensgestaltung unter Schwierigkeiten sind auch Tatsachen. Und diese Tatsachen sind ein politischer Faktor.

Nutznießer hiervon können **zwei Richtungen** im deutschen Volk sein: Der um seine letzten Positionen kämpfende **Finanz- und Agrarkapitalismus** und die **Kommunisten.** Die besitzenden Kreise werden versuchen, sich und die ihnen hörigen Massen in den Fluchtburgen einzelner bürgerlichen Parteien unterzubringen. Die Kommunisten werden derartige Nationalisten als Aktivposten für sich buchen wollen. In nachweisbaren Einzelfällen haben sie schon unter ihnen geworben.

Hier liegt eine große aktuelle Gefahr für Deutschland. **Das Zusammenfließen kommunistischer und nationalistischer Aktivisten** im Rahmen einheitlicher Formationen kann zu Zuständen führen, wie wir sie in Griechenland der Elas-Bewegung gesehen haben. Beide Teile werden dann versuchen, sich gegenseitig auszunützen. **Im Fall der Zunahme der Spannungen** zwischen dem östlichen und den westlichen Alliierten würde dann leicht der Fall eintreten, daß den Kommunisten ein rabiater Nazisoldat als Verbündeter lieber wäre, als ein sozialdemokratischer Funktionär.

In zwölf Jahren Herrschaft ist aber **ein Teil der Nazi gesellschaftlich in die Reihen ihrer großkapitalistischen und militaristischen Auftraggeber hineingewachsen.** Dieses Moment ist nicht zu unterschätzen. **Der Nazismus ist nun einmal die massenmäßig stärkste und am meisten militante Form des Militarismus. Darum werden Besitzbürger, Nationalisten und Militaristen** auch stets **versuchen,** die Nazi bei der Bereinigung der Verwaltung und der Wirtschaft zu schützen, ein Umstand, der in **personalpolitischen** Fragen gar nicht genug beachtet werden kann.

Aus diesem Milieu entsteht auch die **Überbewertung der Opposition der Rechtskreise gegen das Hitler-Regime** in seiner letzten Periode. Wenn sich auch ein Teil der Generalität, des Großgrundbesitzes und der Industrie zum Zwecke der Kriegsbeendigung zusammengefunden hatte, so ist mit **dieser „tätigen Reue"** das Verbrechen nicht aus der Welt zu schaffen, daß diesellben Schichten und personell oft dieselben Menschen am Zustandekommen des Dritten Reiches entscheidenden Anteil hatten. Es wird von Personen aus dem Lager der Rechten **viel zu viel Reklame** gemacht mit ihrer tatsächlichen oder angeblichen Teilnahme an den Ereignissen, die zum **20. Juli 1944** geführt haben. **Im besonderen sind die Spannungen einzelner Teile des Offizierskorps** gegen die Nazi erst entstanden, als die Nazi als Partei versucht haben, in den militärischen Sektor überzugreifen. Vorher haben auch die Offiziere des 20. Juli **weder** gegen die **Hitler-Politik,** noch gegen die **Konzentrationslager,** noch gegen die **Judenprogrome,** noch gegen die **Demoralisierung** und **Bestialisierung** der deutschen Nation, noch gegen die barbarische Kriegsführung protestiert. Erst die Angst, im eigenen militärischen Sektor in den Hintergrund gedrängt zu werden, hat sie mobilisiert.

Im Grunde ist die Revolte vom 20. Juli bei ihren reaktionären Teilnehmern nicht aus irgendeinem Gefühl der Verantwortung gegenüber dem deutschen Volk oder gegenüber der Welt entstanden. Es war die Folge aus der Schlechtheit ihrer Klasse und ihrer Position, die diese Leute

veranlaßt hat, den Versuch des Eingreifens und damit die Rettung ihrer Güter und ihrer sozialen Stellung zu unternehmen.

Dieselbe Sorge hat auch die Generale getrieben, die sich in dem Bund „Freies Deutschland" Ende 1942 in Moskau zusammengefunden haben. Alles Gerede von der Demokratie und von der Freiheit ist blanke Opportunität. **Mit unpolitischer Voreiligkeit haben sie ihr wahres Gesicht dadurch gezeigt, daß sie als Reichsfarben „Schwarz-Weiß-Rot" proklamiert haben.** Daß der jetzige erste Vorsitzende der Kommunistischen Partei in ihrer mit diesen Farben geschmückten Zeitung politische Artikel geschrieben hat, **läßt die Befürchtung aufkommen, daß die militärischen Kräfte der Deutschen von Rußland keineswegs prinzipiell verworfen werden.**

Wenn der Bund „Freies Deutschland" den Anspruch erhoben hat, für alle nazifeindlichen Richtungen in Deutschland, einschließlich der Sozialdemokratie, zu sprechen, so muß diese Anmaßung auf das Schärfste zurückgewiesen werden. **Die Sozialdemokratische Partei hat keine Gemeinschaft** mit diesen Kreisen, die real bereits wieder ein Stück Militarismus und für eine ferne Zukunft das Spiel mit der „Revanche" bedeuten.

Sozialdemokraten und Kommunisten

Aus den Erfahrungen der jüngsten deutschen Geschichte und aus dem ursprünglichen Willen der Massen heraus wäre die **Einheitspartei** der Arbeitenden aller Berufe und Schichten zu formieren. Daß sich dieses Ziel bisher nicht hat verwirklichen lassen und auch in der heutigen geschichtlichen Situation nicht realisierbar ist, liegt nicht an dem Willen und nicht an den Führern, sondern an den objektiven durch keinerlei Anstrengungen aus der Welt zu schaffenden Schwierigkeiten.

Eine Einigung ist bisher noch **nirgends** in der Welt erfolgt, trotzdem in anderen Ländern die traditionellen und dogmatischen Spannungen nicht so stark sind wie in Deutschland. Wäre die Einigung möglich, dann wäre sie uns schon vorgemacht worden, und wir würden nicht Beschlüsse erleben, wie den der Sozialisten Frankreichs oder Wahlen, wie in England, die trotz aller andersartigen „Erklärungen" doch die tatsächliche Situation charakterisieren. Die wirkliche Schwierigkeit liegt nicht darin, daß revolutionäre Prinzipientreue und Intransigenz oder ein größerer Grad von Revolutionarismus der Kommunisten die unübersteigbare Barriere bilden. Die wird vielmehr durch die außenpolitischen Machtverhältnisse und Bindungen errichtet. **Die Kommunistische Partei ist unlösbar an eine einzige der Siegermächte, und zwar an Rußland als nationalen und imperialistischen Staat und an seine außenpolitischen Ziele gebunden.**

Im Gegensatz dazu gehen die Sozialdemokraten von den politischen und sozialen Notwendigkeiten der arbeitenden Massen in Deutschland aus. Das deutsche Volk steht heute in der Welt auf der untersten Sprosse der großen Stufenleiter. Es braucht die Hilfe der Arbeitenden in allen Ländern der Welt und kann nicht zu allen anderen Lasten auch noch die Bürde auf sich nehmen, **für die imperialen Tendenzen einer fremden Großmacht verbraucht zu werden.** Die deutsche Politik und vor allem die Politik der Sozialdemokratie ist bewußt internationalistisch, aber nicht zugunsten einer fremden Macht, sondern im Sinne der **Zusammenarbeit mit allen Mächten.** Wir lehnen es ab, das Vorbild des einen Landes auf alle anderen Länder zu übertragen, sondern finden die Notwendigkeiten unserer Politik aus den Zweckmäßigkeiten unseres Landes im Angleich an die großen Ideen, die die arbeitenden Massen in den anderen großen Kulturländern beleben.

Die Regelung der Fragen kann nicht lokal, sondern nur zentral, möglichst **international-zentral** erfolgen. Der Versuch der lokalen Bindungen trägt den peinlichen Charakter des Mangels an Ehrlichkeit. Eine auf solche Weise zustande gekommene „Einheitspartei" wäre der Tummelplatz der schärfsten Kämpfe untereinander, des sich gegenseitigen Überlistens und Hereinlegens und würde sehr schnell zur Spaltung und einer schlimmeren Entfremdung führen, als sie vorher bestanden hat.

Russische Reparationen — Russischer Imperialismus

Man darf nicht übersehen, **daß die Rolle Rußlands als des unbarmherzigstenaller Reparationsgläubiger mit den** vitalsten Interessen der körperlich und geistig Arbeitenden in der Industrie im schroffsten Widerspruch steht. Die **Kommunisten** können den Umfang der russischen Reparationsansprüche, soweit sie sich auf die Produktionsmittel richten, ohne die die deutsche Arbeiterschaft weder sozial noch politisch bestehen kann, nicht mit dem Hinweis darauf entschuldiger, daß Rußland selbst auf das Fürchterlichste von den Nazi ausgeraubt worden sei. Wir wollen an Reparationen leisten, was zu leisten möglich ist, **aber wir wollen keinen Selbstmord** begehen. Am allerwenigsten aber kann man den deutschen Arbeitern zumuten, den Selbstmord an sich noch mit **überströmender Begeisterung** vorzunehmen. Das aber muten die Kommunisten den deutschen Arbeitern zu. **Man kann das Unrecht von heute nicht mit dem Unrecht von gestern entschuldigen.** Selbst wenn man aus der Geschichte die Lehre zieht, **daß Sieger weitgehend die Fehler der Besiegten anzunehmen** pflegen, darf die nazistische Raubpolitik kein Vorbild für die Politik der Vereinten Nationen sein. Sogar mit der Feststellung, **daß Rußland den Grundsatz der revolutionären Befreiung des internationalen Proletariats jetzt zugunsten des Prinzips eines nationalen russischen Imperialismus verlassen hat,** kann man derartig weitgehende Maßnahmen nicht erklären. Auch im Privatrecht wird selbst der böswilligste Schuldner bei der Pfändung noch insoweit geschützt, als ihm gesetzlich ein pfändungsfreies Minimaleinkommen gesichert wird. Wenn jetzt den deutschen Arbeitern aller Art, deren Produktionsstätten und -mittel bereits weitgehend durch den Krieg zerstört worden waren, westlich der großen Demarkationslinie noch 25 Prozent der intakten Maschinen, **im russisch besetzten Gebiet aber die Maschinen in unbegrenzter Höhe genommen werden,** dann pfändet man diese am Nazismus am wenigsten schuldigen Teile in einem Umfang, wie man ihn in der privater Rechtssphäre keinem Schieber und Betrüger zumutet. Die Kommunistische Partei aber nennt das in einer öffentlichen Manifestation ihres ersten Vorsitzenden die Höhe des „Edelmutes".

Wir wünschen keine antikommunistische und noch weniger eine antirussische Spitze unserer Politik! Wir müs-

sen aber erkennen, was ist und nach diesem Erkennen unsere Politik einrichten. Die Parole der **„Einheitspartei" ist ein taktisches Manöver, das bisher in der östlichen Besatzungszone gar nicht versucht worden ist,** da man es dort nicht nötig hat, Verhandlungskonzessionen zu machen. In den drei westlichen Zonen aber wird dieser Weg eingeschlagen, weil die Kommunisten wissen, daß sie angesichts der Tatsache gar nicht mehr die Basis für eine richtige Massenpartei haben. Tatsächlich dürften sie bereits die bei weitem schwächste Partei in Deutschland sein. Darüber helfen auch die Illusionen, die noch immer in manchen Kreisen politisch interessierter Arbeiter leben, nicht hinweg. Es wird bald soweit sein, daß die Sozialdemokratie sich in die Bresche werfen muß, um eine **nationalistische Übersteigerung der Ablehnung dieser Politik zu verhüten.**

Auch das überraschende **Bekenntnis der Kommunistischen Partei zur Demokratie** ändert nichts daran. Für die Sozialdemokraten ist die Demokratie ein **Prinzip.** Alle Leute, die die Demokratie als eine Frage der **Taktik** betrachten, werden von uns erst einer gewissen Periode der Quarantäne und der Beobachtung unterworfen. In dieser Periode müsser. sie sich praktisch auf ihre demokratischen Qualitäten hin bewähren. Dabei sei vorweg bemerkt, daß es auf die Dauer unhaltbar ist, wenn in dem einen Lande die Diktatur theoretisch und real herrscht, in einem anderen aber von derselben Richtung die Demokratie mit der ganzen Begeisterung der Neubekehrten verkündet wird. Wie die Kommunisten die Demokratie und ihre ganze Politik in Deutschland auffassen, geht wohl am besten aus dem wichtigsten Satze ihres Aufrufes vom 11. 6. 1945 hervor, in dem es heißt:

> „Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den **gegenwärtigen** Entwicklungsbedingungen in Deutschland."

Also nicht den „gegenwärtigen Bedingungen", wohl aber den zukünftigen, die von der KPD erhofft werden. Dabei ist es zwecklos, sich dagegen zu wenden, daß die diktatorischen Herrschaftsformen in Rußland nicht auf einer ausgesprochen zurückgebliebenen Entwicklung samt ihren illegal bürokratischen Erscheinungen innerhalb der Opposition in den Jahren vor 1917 zurückzuführen sind. **Hier gilt nur die Tatsache, daß das Prinzip der Diktatur nicht negiert, sondern als das höhere Prinzip für eine zukünftige Eventualität zurückgestellt wird.**

Es trennen uns aber von den Kommunisten neben anderen vor allem zwei Punkte. Ihr freudiges **Bekenntnis zum freien Unternehmertum, zur freien Wirtschaft und zum Privateigentum kann von einem Sozialisten nicht unterschrieben werden.** Es mutet an wie ein verspäteter Aufruf der längst verstorbenen Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes. Der **Sozialismus ist heute für die Überwindung reaktionärer** und faschistischer Zukunftsgefahren wichtigste, nicht nur ökonomische, sondern auch **politische Frage. Die tatsächliche Leistung des Wiederaufbaues wiederum kann nur durch planmäßige Lenkung der Wirtschaft vollbracht werden. Für** die freie Unternehmerpersönlichkeit im Stil der kommunistischen Programmpunkte, für das **„Bereichert Euch", das der damals maßgebende kommunistische Theoretiker Bucharin** in den Zwanziger Jahren im Stile der französischen Revolution der **neuen Bourgeoisie Sowjetrußlands zurief, ist im heutigen Deutschland kein Platz. Wir können Wiederaufbaugewinnler** aus Mangel an ökonomischer Substanz nicht vertragen, für ihre Profite hat Deutschland nichts übrig.

Das Ganze geht darum an den deutschen Gegebenheiten so völlig vorbei, weil es eine schablonenmäßige Übertragung der „Neuen ökonomischen Politik", der „Nep" im Rußland in der ersten Hälfte der Zwanziger Jahre ist, als dort das Scheitern des „Kriegskommunismus" offenbar geworden war. Daher die Forcierung des Privatkapitalismus, daher der Sinn für politische „Freiheit". Aber nach der „Nep" ist in Rußland etwas anderes gekommen. Wir demokratischen Sozialisten aber wünschen weder die „Nep", noch das andere, das dahinter gekommen ist.

Schließlich sind die Kommunisten die einzige Partei in Deutschland, die sich **zu der Schuld des gesamten deutschen Volkes** am Nazismus und damit am Kriege **bekennt.** Wir können diese These, die jeden Nazi und Kapitalisten mitschuldig spricht, um ihn mit zu entschuldigen, nicht akzeptieren. Es ist eine durchaus reaktionäre Formel, die den politischen Aufstieg eines neuen, gesäuberten deutschen Volkes hindert. Sie ist eigentlich das primitive Ergebnis einer naiven Zerknirschungspropaganda. Das **Bekenntnis zu dieser These ist nur möglich als Ausdruck des Willens, die weitgehenden Reparationsansprüche Rußlands politisch und moralisch zu rechtfertigen.** Mit den deutschen Tatsachen und Notwendigkeiten hat diese Formel nichts mehr zu tun.

Kennzeichnend ist die Art, wie der Aufruf vom 11. 6. 1945 die eigene Schuld, die Schuld der Kommunistischen Partei, feststellt:

> „Wir deutschen Kommunisten erklären, daß auch wir uns schuldig fühlen, indem wir, trotz der Blutopfer unserer besten Kämpfer, infolge einer Reihe von Fehlern nicht vermocht haben, die antifaschistische Einheit der Arbeiter, Bauern und Intelligenz entgegen allen Widersachern zu schmieden, im werktätigen Volke die Kräfte für den Sturz Hitlers zu sammeln, den erforderlichen Kampf zu führen, um jene Lage zu vermeiden, in der das deutsche Volk versagte."

Dieses Schuldbekenntnis ist vor dem Richterstuhl der Geschichte überhaupt kein Schuldbekenntnis, denn es beklagt nur, daß die Methoden der spezifischen kommunistischen Politik vor 1933 nicht erfolgreicher gewesen sind. Ein echtes Schuldbekenntnis, von den aus alle anderen Feinde des Nazismus zu einer Überprüfung der eigenen Politik in diesem selbstkritischen Sinne veranlaßt sehen könnten, ist darin nicht enthalten. Das echte Schuldbekenntnis der Kommunisten könnte nur darin liegen, daß sie ihre große Schuld am Aufkommen des Faschismus in ihrer Bekämpfung der Demokratie, in ihrem Gerede von den „Sozialfaschisten", in ihrer Erklärung der Sozialdemokratie zum **Hauptfeind, in ihrer Lehrmeinung, daß in Deutschland erst durch die Verrechtlichung des Faschismus eine „objektiv revolutionäre Situation" entstehen könne, vor der deutschen Öffentlichkeit eingestehen würden. Aber davon ist mit keiner Silbe die Rede.**

Abzulehnen sind auch alle Versuche einer überparteilichen Organisation, durch die die Sozialdemokratische Partei und andere mitmachenden Parteien gebunden wären, die Kommunistische Partei aber freie Hand zur Führung bekäme. In Deutschland spielt sich das in Gestalt der von früher her **stark belasteten „Antifaschistischen Front"** ab, die lediglich den kommunistischen Versuch darstellt, Nichtkommunisten für kommunistische Zwecke einzusetzen und für die Kommunistische Partei zu erziehen. Ähnliche Versuche waren in Deutschland in der Parole der „Arbeiter- und Bauernregierung", in der USA. mit der Infizierung und dem Ausbau des „La Folettismus", in Indien der **„Volkspartei"**, in China mit den **„Kuomintag"** gemacht worden. Zum Schluß war überall alles ein einziges Trümmerfeld, nicht nur für die Komintern, sondern auch für die Arbeiterklasse des betreffenden Landes.

Nachdem der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale den Wert der Demokratie für die Arbeiter entdeckt hatte, ist es **unmöglich, einen ausreichenden theoretischen oder politischen Grund für die Weiterexistenz der Kommunistischen Partei zu finden.** Sie kann nur noch als Spezialorganisation für besonders außenpolitische Zwecke Rußlands angesehen werden. Die Auseinandersetzung mit der Kommunistischen Partei kann also nicht mehr auf dem Wege der Verhandlungen über eine gegenwärtige oder in naher Zukunft mögliche Einheitspartei liegen, sondern nur in der **Gewinnung der kommunistischen Anhänger für die Sozialdemokratie.** Trotz allem Elend und trotz der unter der Decke sich verstärkenden Versuche **durch systematische Ehrabschneiderei gegenüber sozialdemokratischen Führern** eine gewisse Position bei den sozial am härtesten getroffenen und politisch am wenigsten erzogenen Teilen des Volkes Boden zu gewinnen, ist der Prozeß der **Sozialdemokratisierung der breiten Massen** in vollem Gange.

Aus der Erkenntnis des Umstandes, daß es jetzt nötig ist, großen Teilen des Volkes soziale Hilfe zu bringen, **bejahen wir trotzdem und ohne Vorbehalt die praktische Zusammenarbeit** mit der Kommunistischen Partei in allen sozialen Fragen und in allen Dingen der Ausrottung des Faschismus. Wir gestalten aber die Zusammenarbeit so, daß die Sozialdemokratische Partei und Kommunistische Partei ideologisch und organisatorisch ihre völlige **Selbständigkeit** behalten. Außer dieser praktischen Zusammenarbeit und ohne den Versuch der gegenseitigen Überlistung entsteht eine Atmosphäre, die für die mögliche Einigung in der Zukunft bessere Bedingungen schafft, als die verkrampfte Forcierung der **Einheitsidee mit unehrlichen und eigensüchtigen Absichten.** Darüber hinaus müssen wir sehen, daß zur Zeit die **Vereinheitlichung mit den Kommunisten sofort den Bürgerblock schaffen würde.** Das würden wir leicht aushalten, wenn die Kommunisten als positive Bereicherung des demokratischen Sozialismus in unsere Reihen einschwenken würden. Gehen sie aber, wie das heute mit absoluter Gewißheit der Fall wäre, zu dem Zwecke der Eroberung der Sozialdemokraten in die gemeinsame Partei dann wäre diese Partei so gelähmt, daß sie der klassenpolitischen **Übermacht des Bürgerblocks** in mancher Hinsicht **nicht standhalten könnte. Außerdem** würde nach **der entscheidenden wichtigen Seite des Mittelstandes und der kulturell und geistig bedeutsamen Schichten diese Partei nicht eine anziehende,** sondern eine stark **abstoßende Wirkung ausüben.**

Schließlich würde diese von politischer Zweideutigkeit und Unreellität durchsetzte Partei auch das Verhältnis der arbeitenden Massen zu der **Alliierten Militärregierung** in den drei westlichen Zonen sehr verschlechtern. Wir würden trotzdem den Mut haben, diese Konsequenz auf uns zu nehmen. Aber wir wissen genau, daß dieses deswegen eine sinnlose Politik wäre, weil wir aus den besonderen Bindungen der Kommunisten heraus nicht zu einer **aktionsfähigen großen Partei kommen könnten,** die diese Nachteile ausgleichen oder gar überkompensieren könnte.

Die organisatorische Arbeit in der Partei

Die vorstehenden Richtlinien sind **nicht als Ersatz für ein Programm** gedacht, sondern als Hinweise für eine einzuschlagende Taktik. Der Versuch, ein vollkommenes Programm zu gestalten, ist übrigens noch von keiner Partei gemacht worden. Es handelt sich in jedem Falle nur um Aufrufe und um die Zusammenfassung von mehr oder weniger aktuellen Forderungen. Würden heute Programme schnell aus dem Ärmel geschüttelt werden dann wären sie in Anbetracht des Umstandes, daß in Deutschland wohl noch niemand mit der geistigen Bewältigung der Tatsachen und Eventualitäten fertig geworden ist, entweder naive Wunschzettel oder dreistes Wortgeklingel.

Völlig sinnlos ist das Gerede, das man mancherorts hören kann, daß man sich keiner Partei anschließen könne, die kein geschlossenes Programm vorlege. Diese Art Kritiker wird dann überhaupt keinen Unterschlupf finden, denn solche Programme gibt es zur Zeit nicht. Genau so, wie jemand, der sich der Zentrumspartei oder Kommunistischen Partei anschließt, ohne daß diese ihm ein aus Theorie und Aktion zusammengefügtes, auf die neuesten Verhältnisse zugeschnittenes Parteiprogramm vorlegt, liegt die Frage bei der Sozialdemokratie. Jeder politisch Interessierte muß wissen, ob er sich ihr anschließen kann oder nicht. Für die neu zu gewinnenden Massen haben wir den den Bezirken bereits zugegangenen oder hiermit zugehenden Aufruf.

In der Emigration sind verschiedene Programmentwürfe und eine außerordentlich große Literatur zu den einschlägigen Fragen geschaffen worden. Es besteht somit die Möglichkeit, im Zusammenhang mit diesen Leistungen ein neues programmatisches Gebäude zu bauen das in der Erkenntnis und auch in den Forderungen über das Heidelberger Programm hinausgreift. Das ist aber nur in einer intensiven Kollektivarbeit auf der Grundlage alles bisher Geschaffenen möglich. **Programmentwürfe von Einzelpersonen an verantwortlicher und unverantwortlicher Stelle sind schädlich, da sie mehr festlegend als erkenntnisfördernd wirken,** und wir doch nicht nur in der Zusammenfassung der Ideen, sondern auch der Menschen zu einer Synthese kommen wollen. Was wir im Grundsatz wollen, ist uns allen klar. Richtlinien haben nur den Zweck, eine Einheitlichkeit bei der Durchführung des Wollens zu erreichen.

Bei der Diskussion über die Rolle der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in der internationalen Arbeiterbewegung ist von unserer Seite ohne Weichmütigkeit gegen die ungerechten Angriffe Front zu machen. **Auch dort übersieht man vielerorts, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands schon vor 1933 große Opfer im Kampf gegen den Nazismus gebracht hat, als in**

der Welt einschließlich ihrer Arbeiterbewegung noch ein sehr geringes Verständnis für die Erfordernisse dieses Kampfes herrschte. Nach 1933 haben die Feinde des Nazitums in Deutschland in allen ihren Schattierungen und Richtungen — und dabei nicht zum wenigsten die deutsche Sozialdemokratie — Opfer gebracht und Leistungen gezeigt, an denen manche ihrer Kritiker vorbeisehen. **Jedenfalls braucht im besonderen die deutsche Arbeiterklasse angesichts ihrer Verlustlisten und Anstrengungen keinen Vergleich mit der Arbeiterklasse anderer Länder zu scheuen.**

Nachdrücklich abzulehnen ist der sogenannte „Vansittardismus", der die deutsche Arbeiterklasse als völlig unrevolutionär und unkämpferisch mitschuldig am deutschen Nazismus und seiner weltzerstörenden Barbarei sprechen möchte. Es gibt auch sozialdemokratische deutsche Emigranten, die sich diesen Anschauungen angeschlossen haben. In allen Ländern der Welt haben sich auch Arbeiterführer zu dem „Vansittardismus" bekannt. In den von der nazistischen Barbarei zerstörten Ländern ist ein erklärlicher, aber darum nicht weniger falscher Haß gegen das gesamte deutsche Volk einschließlich seiner politischen Arbeiterbewegung entstanden.

Diese Ungerechtigkeiten nehmen wir nicht ruhig hin. Wir sind der festen Überzeugung, daß ein entschiedener und sachlich wohl begründeter Standpunkt unserer Meinung auch in den Ländern, in denen erst eine Minderheit der Arbeiterbewegung für unsere Lage Verständnis zeigt, zu vollem Erfolge verhelfen wird.

Die praktischen Aufgaben in der Ausrottung des Nazitums, in der Zurückdrängung der privatkapitalistischen Wirtschaftswünsche, in der planmäßigen Lenkung und Organisierung des Aufbaues, in der sozialen Hilfe für alle Schwachen brauchen eine **einheitliche Zusammenfassung.**

Unsere Mitarbeit

Aber schon heute läßt sich feststellen, daß der politische Einfluß der Partei ihrer tatsächlichen Bedeutung und ihrer politisch-moralischen Legitimation **nicht** entspricht. **Im Verhältnis zu ihrer wirklichen Bedeutung ist die Partei im öffentlichen Leben viel zu schwach, in der Wirtschaft geradezu verschwindend gering vertreten.** Das liegt nicht nur an dem momentanen Personalmangel, wie er aus Verfolgungen, Emigration, Überalterungen usw. zustande kommt. Wir sind in großen Teilen des Reiches einfach überrundet und beiseite gedrängt worden. Zum Teil geschah das robuster, zum Teil durch schlauere Taktik. In jedem Falle aber haben innerpolitisch Schwächere sehr viel mehr und sehr viel stärkere Positionen als die Sozialdemokratische Partei. Wir sind heute in der Lage, sagen zu können, daß es ohne uns überhaupt nicht geht, daß man unsere Partei geradezu erfinden müßte, wenn sie noch nicht da wäre. Daraus ergibt sich die Konsequenz, **daß wir uns auch dort mit Führungsansprüchen regen müssen, wo wir vor 1933** nicht der stärkste Faktor waren. Heute sind wir es — von ganz wenigen Reichsgebieten abgesehen — überall. **Denn ein ganz großer Teil des Volkes wünscht ausgesprochen die Sozialdemokratische Partei,** will in **unsere** Hände sein Schicksal legen. Wenn wir den Führungsanspruch geltend machen, dann tun wir es weniger unsertwegen, als vielmehr darum, weil wir geschichtlich berechtigte Zweifel an der Verläßlichkeit und Uneigennützigkeit mancher anderen Richtungen und Personen haben und weil uns vor allem die Massenbasis dieser Faktoren und Persönlichkeiten noch nicht so recht nachgewiesen zu sein scheint.

Auf jeden Fall müssen wir zu kämpferischen Auseinandersetzungen bereit sein und dafür ist die Voraussetzung die **sozialdemokratische Parteiorganisation.** Unbeschadet der Feinheiten in den rechtlichen Voraussetzungen ist jetzt überall in beschleunigtem Tempo von der Vertrauensmännerorganisation zur Massenbasis der **Mitgliederschaft** aller unbelasteten Aufbauwilligen zu gehen. Dies sind:

Wer kann Mitglied der SPD werden?

1. die **früheren Parteimitglieder** (Männer und Frauen), die sich in den letzten zwölf Jahren einwandfrei gehalten haben. Die Aufnahme Belasteter, mag ihre Stellung vorher noch so bedeutend gewesen sein, ist unbedingt abzulehnen. Für Zweifelsfälle ist örtlich und bezirklich ein Sonderausschuß einzusetzen, der den Anspruch auf Wiederaufnahme prüft und der Organisation zur Entscheidung vorlegt.

2. Aufgenommen werden könnten auch **frühere Nichtmitglieder,** von denen die aufnehmenden Sozialdemokraten den Eindruck haben, daß ihr Verhalten gegenüber Nazismus und Reaktion sie als passend für uns erscheinen läßt. Hier wird über die Kreise der eigentlichen Arbeiterklasse hinaus tief in die geistig und kulturell interessierten Schichten sowie die Kreise des Mittelstandes und des Bauerntums einzugreifen sein.

3. Vor allem muß großzügig und **weitherzig bei der Aufnahme der Jugend** verfahren werden. Hier kann Grund zur Ablehnung nur besondere Aktivität für die Nazi oder eine gehobene Funktion in der Nazibewegung sein.

Wir müssen uns darüber klar sein, daß die Herrschaft in Deutschland auf die Dauer nur die Ideen und die Organisationen behaupten können, denen es gelingt, **die führerlos gewordenen Massen an sich zu ziehen,** die vorher aus den verschiedensten Motiven und in verschiedener Stärke Anhänger des Dritten Reiches waren oder sich als solche gaben. Alle Parteien stehen daher vor der Frage, ob sie **frühere Mitglieder der NSDAP** in ihre Reihen aufnehmen können und wollen.

Es empfiehlt sich, in der Periode der **ersten Sammlung keinem** früheren Mitglied der Nazibewegung bei uns politisches Heimatrecht zu gewähren. Steht die Partei erst einmal und hat sich von der kleinsten Ortsgruppe bis zur Zentrale durch die freie Wahl der wirklichen Sozialdemokraten überall eine Führung stabilisiert, dann tritt die Frage der Aufnahme früherer Nazimitglieder in ein neues Stadium. Über alle die zahlreichen Schichten und Personen, die unter **keinen** Umständen in die Sozialdemokratische Partei aufgenommen werden können, besteht wohl volle Einigkeit. **Als aufnahmewürdig kämen vor allem in Frage:**

1. diejenigen Personen, die einen für ihre Verhältnisse mehr oder weniger unwiderstehlichen Zwang zum Beitritt in die NSDAP nachweisen können. Diese Fälle sind lokal leicht nachzuprüfen.

2. Diejenigen Personen, die nicht nur das Gefühl grenzenloser Enttäuschung, sondern auch die Einsicht haben, denkbar schweres Unrecht im deutschen Volke und an der Welt begangen zu haben. Ihnen soll man das Recht mitzuarbeiten und wieder gutzumachen, nicht verweigern, auch wenn sie vorher Nazi aus Idealismus gewesen sind.

Zum Schluß noch ein Wort an die älteren Parteigenossen: Es wird den beiden Generationen, die heute zwischen 45 und 75 Jahren sind, gelingen, noch einmal eine große Partei auf die Beine zu stellen. Aber die Zukunft der Bewegung und wahrscheinlich damit die Zukunft Deutschlands hängt davon ab, inwieweit es gelingt, den **nachfolgenden Generationen** unsere Ideen **beizubringen** und sie organisatorisch um uns zu sammeln. Es wird darum gut sein, im Gefühl der Verantwortung für diese großen Aufgaben den leistungsfähigen und einsichtigen Teil der Jugend auch **gleich für größere Aufgaben** heranzuziehen und in seinen besten Exemplaren auch **verantwortlich öffentlich** herauszustellen. Wir sind die Leidtragenden der letzten zwölf Jahre. Es sind die arbeitenden Massen, denen die Schulung und Disziplinierung dieser Epoche fehlt. Darum müssen wir jeden jungen Menschen von Kraft und Einsicht in die erste Reihe der Kämpfenden stellen, ihm Vertrauen und Anerkennung zollen.

Druck: G. Braun G. m. b. H., Karlsruhe i. B.